



## SPD fordert bessere Lebensbedingungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber

SPD fordert bessere Lebensbedingungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber  
Zur 1. Lesung des Antrags der SPD-Bundestagsfraktion "Menschenwürdige Lebensbedingungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldete sicherstellen - Asylbewerberleistungsgesetz reformieren" erklären die Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales Anette Kramme und die zuständige Berichterstatterin Gabriele Hiller-Ohm:  
Die SPD-Bundestagsfraktion will die Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland verbessern. Wir setzen uns für eine umfassende Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes ein.  
Zentral ist es, die Geldleistungen für Asylsuchende transparent und nachvollziehbar nach den Kriterien des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 neu zu berechnen. Dies hat das BVerfG auch am 18. Juli 2012 nochmals bestätigt und eine "unverzügliche" Neuregelung des Asylbewerberleistungsgesetzes verlangt. Bisher lagen die gesetzlichen Leistungen für Flüchtlinge bis zu 50 Prozent unter der Grundsicherung für Arbeitsuchende.  
Wir haben die Bundesregierung immer wieder aufgefordert, endlich tätig zu werden. Geschehen ist trotz der schallenden Ohrfeigen des Bundesverfassungsgerichts für Schwarz-Gelb bis heute nichts. CDU/CSU und FDP nehmen die Verfassungswidrigkeit des Asylbewerberleistungsgesetzes billigend in Kauf.  
Um Asylsuchenden und Geduldeten in Deutschland ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, stellen wir weitere Reformforderungen:  
Flüchtlingskinder dürfen nicht länger ausgegrenzt werden und brauchen einen Rechtsanspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket. Dazu haben wir im vergangenen Jahr einen Antrag vorgelegt, den die schwarz-gelben Regierungen abgelehnt haben. Das Bundesverfassungsgericht hat unsere Forderung in seinem diesjährigen Urteil bestätigt.  
Asylbewerber und ihre Kinder brauchen eine verbesserte Gesundheitsversorgung, insbesondere bei der psychologischen Behandlung der oftmals traumatisierten Flüchtlinge.  
Das diskriminierende, aufwändige und teure Sachleistungsprinzip einschließlich der Sammelunterkünfte soll als Regelfall beendet werden.  
Die derzeitige Geltungsdauer des Asylbewerberleistungsgesetzes von 48 Monaten muss wieder auf die ursprünglichen 12 Monaten verringert werden.  
Können die Betroffenen ihren Lebensunterhalt danach nicht selbst verdienen, folgt der Übergang in die sozialen Regelsysteme.  
Außerdem soll der Arbeitsmarktzugang erleichtert und die Residenzpflicht, wodurch sich Flüchtlinge nicht frei in Deutschland bewegen dürften, abgeschafft werden.  
SPD Bundesgeschäftsstelle  
Wilhelmstraße 141  
10963 Berlin  
Telefon: 030 25991 0  
Telefax: 030 28090-507  
URL: <http://www.spd.de>

### Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

### Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)  
Zukunftsgerecht in Europa  
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....